

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.80 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt., Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mt. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Berschärfung des Kampfes in Italien.

Ein Ultimatum der italienischen Arbeiter.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Sozialdemokrat meldet: Die Verhandlungen in Mailand zwischen dem Zentralkomitee der Gewerkschaften und den Industriellen wurden nach den letzten Meldungen abgebrochen. Giolitti lud die beiderseitigen Vertreter nach Rom. Das Agitationskomitee der Arbeiter ernannte die Delegierten, die den Industriellen ein Ultimatum zustellten mit der Erklärung, daß im Falle der Verwerfung die sofortige Besetzung aller Fabriken in ganz Italien erfolgen solle. Das Ultimatum fordert die gewerkschaftliche Kontrolle der Industrie. Die Industriellen hatten nur die Kontrolle durch die Fabrikräte zugestanden. Es sind bedeutende ökonomische und andre Zugeständnisse gemacht worden.

Abweichende Haltung der Unternehmer.

Ein Telegramm der Frankfurter Zeitung aus Rom meldet unter dem 19. September: Die Verhandlungen sind wiederum auf einem kritischen Punkt angekommen. Giolitti hatte beide Vertretungen nach Rom berufen, wo sie heute morgen angekommen sind und unter der persönlichen Leitung Giolittis unterhandeln. Zwar wurde über die Lohnfragen, die Ferienfrage und die Teuerungszulagen eine Einigung erzielt. Die Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Tagelohns um 3.20 bis 4 Lire. Jedoch wollen die Industriellen nicht den Lohn für die Besetzungszeit zahlen, noch auf das Recht der Wählerfrage für Arbeiter verzichten. Sie lehnen deshalb den Entwurf Giolittis über eine paritätische Kommission ab, der ausdrücklich die Weigerung der Arbeiter auf die bisherigen Posten verfallt. Giolitti hat die parlamentarische Forderung, die Kammer sofort einzuberufen, abgelehnt; diese tritt erst im November zusammen.

Besehung der Kleinbahnen.

Berlin, 20. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach dem Sozialdemokraten erklärte bei der gestrigen Eröffnung der Sitzung des Senats Giolitti um Vertagung der Besprechung einer Anfrage bezüglich der sozialen Bewegung in Italien. Der Senat stimmte einstimmig zu. Die Verhandlungen der Delegierten der Industriellen und Arbeiter unter Vorhild des Mailänder Präfecten brachten in den letzten Stunden die Besehung bezüglich einiger untergeordneter Punkte.

Kuher der Kleinbahn Rom—Tivoli wurde auch die von derselben belgischen Gesellschaft betriebene Kraftlinie Rom—Bahnhof Samuente von dem Personal in Besitz genommen, ein neuer Direktor ernannt, auf dem Bahnhofgebäude die rote Flagge gehißt und eine bewaffnete rote Garde eingerichtet. Der Verkehr geht ungehindert weiter. Secolo meldet, daß die Bergarbeiter sämtlicher Kleinbahnen und Tramlinien in ganz Italien durch die Personale nicht bevoorktete. Im Börsengang Gebäude in Genoa plakte gestern mittag eine Bombe. Es wurde nur Sachschaden angerichtet. Laut Secolo verbandte das Agitationskomitee der Gewerkschaften ein Rundschreiben, in dem es heißt: Um weitere Unglücksfälle zu verhüten, sind alle Handgranaten in den besetzten Betrieben in besonderen Räumen aufzubewahren und niemand darf die Bomben usw. berühren, außer im Falle des Bedarfs zur Abwehr von Angriffen der Polizei.

Mailand, 18. September. Papolo d'Italia zufolge haben Arbeiter in Bologna, Modena und Parma Züge angehalten, in denen sich Polizeieinheiten befanden. Die Züge durften erst wieder weiterfahren, nachdem die Agenten sie verlassen hatten.

Wie Corriere della Sera aus Rom meldet, wird zur Deckung der Lohnforderungen der Eisenbahner eine neue Tarifserhöhung nötig sein.

Corriere della Sera vernimmt weiter aus Rom, daß seit Freitag die Straßenbahn von Rom nach Tivoli in der Hand der Arbeiter ist oder vielmehr der technischen Angestellten im Einverständnis mit den Arbeitern. Die Besetzung vollzog sich in voller Ruhe. Der Betrieb geht regelmäßig vor sich.

Ein kommunistischer Gewaltakt gegen das Prager Parteiblatt.

Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Pressbüreaus hat das Personal der Redaktion, Administration, Expedition und Druckerei des Prager Arbeiterblatts eine Betriebsrat gebildet, in den auch Vertreter der Prager Arbeiterbewegung aufgenommen wurden. Der Betriebsrat erklärte, er wolle das Blatt neutral gegenüber allen bestehenden Richtungen in der Partei führen, und für eine friedliche Besehung des Konflikts in der Partei eintreten. Das beachtliche Ergebnis der Verhandlungen ist die Einführung einer Zensur in der Redaktion des Prager Arbeiterblatts, die der Schriftsteller Camil Zeman (Kamill Zeman) übernehmen soll. Der Herausgeber des Blattes, Abgeordneter Remec, und der Chefredakteur, Abgeordneter Josef Stovin, haben Protest eingelegt.

Wie aus einer späteren Meldung hervorgeht, handelt es sich um einen Gewaltakt der Kommunisten. Der Vorstand der Partei, der sich mit der Angelegenheit befaßt hat, sagte folgenden Beschlusses: „Der Prager Arbeiter wird sofort einer neuen Druckerei übertragen. Die Redaktion wird neu gebildet. Gegen diejenigen, welche sich des Eigentums der Partei bemächtigt haben, wird

gerichtlich vorgegangen.“ — Die Kommunisten erklären, daß sie den Kongreß Ende September trotz des Beschlusses der Parteivertretung, ihn zu vertagen, abhalten wollen, koste es, was es wolle.

Die Lage in Oberschlesien.

Neue Ueberfälle durch polnische Banden.

Neustadt (Oberschlesien), 20. September. Im besetzten Gebiet des Kreises, das bisher von der Aufstandsbewegung verschont geblieben ist, treten jetzt polnische Banden auf, die es auf Arbeiter und Eisenbahner abgesehen haben. In der Nacht vom 17. zum 18. September wurde ein Wägetruppen an der Bahnlinie Neustadt—Kandrin überfallen, der Streckenwächter getötet und die Telegraphenverbindung zwischen Oberglogau und Kauschwitz unterbrochen.

Beuthen, 20. September. Am Sonnabend-Nachmittag ist es gelungen, sechs der am Morde in Josefstal Beteiligten festzunehmen und dem Beuthener Gerichtshof zur Verurteilung zu übergeben. Die Verhafteten haben im Alter von 18—25 Jahren. Der Hauptbeteiligte der jetzt verhafteten Mörderbande, ein gewisser Baron aus Birkenhain, ist leider entkommen.

Abberufung des deutschen Abstimmungskommissars
Dresden, 20. September. Wie die Tel.-Union aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist mit der Abberufung des deutschen Abstimmungskommissars, Fürsten v. Sahlfeld, für die nächste Zeit zu rechnen.

Die Bergarbeiterbewegung in England. Die Verhandlungen gescheitert?

London, 17. Sept. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter beriet heute morgen mit Horne. Dieser erbat den Ausschuß, die Angelegenheit einer Lohnserhöhung mittels vermehrter Erzeugung in Erwägung zu ziehen, die der gestrigen Erklärung der Bergarbeiter zufolge gesichert werden kann. Dieser Vorschlag wurde scharf erörtert. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter, Smilie, erklärte kategorisch, die Bergarbeiter seien nicht geneigt, irgendwelche Vorschläge der Regierung zu erörtern, bevor sie die geforderte Lohnserhöhung erhalten hätten. Dagegen lehnten sie es ab, die Lohnfrage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Mitteleuropa, 18. Sept. Telegramm meldet aus London: Die Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und der Regierung sind von neuem auf einem toten Punkt angelangt.

Die Präsidentenkrise in Frankreich.

Paris, 19. September. (Havas.) In den Wandelgängen des Senats scheint man einmütig den Wunsch zu hegen, an Millerand noch einmal heranzutreten, daß er die Kandidatur annimmt. Im gegenwärtigen Falle scheint sicher zu sein, daß die Senatoren eine Kandidatur zugunsten von Bourgeois vorzuziehen werden. Auch in den Wandelgängen der Kammer hält man es für wünschenswert, daß die Kandidatur Millerands aufgestellt werde, da es die einzige zu sein scheint, die fast sämtliche Stimmen auf sich vereinigen werde. — Wie die Information meldet, beabsichtigen die Sozialisten der Kammer, den Abgeordneten Levas als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik aufzustellen.

Paris, 17. September. Esso de Paris teilt mit, daß Sonnart vor einiger Zeit Freunden gegenüber erklärt habe, er würde, falls Deschanel zurücktrete, die Kandidatur annehmen. Jannart, der augenblicklich Senator des Pas de Calais ist, war Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett Calimir Wörter.

Paris, 18. September. (Havas.) Die französische Nationalversammlung wird am 23. September zusammentreten.

Verfassung eines russischen Arbeiterdelegierten in Schweden.

Wie die Wiener Post meldet, verfaßte die Stockholmer Polizei den russischen Arbeiterdelegierten S. I. Lapnikoff, der auf seiner Reise auch durch Deutschland kam und sich jetzt auf dem Wege nach Schweden befindet. Der Vorwand zu dieser Maßnahme war, daß er Stockholm nicht am Tage zuvor verlassen hatte, wie die Behörden es wünschten. Das war deshalb unmöglich, weil er trotz aller Anstrengungen nicht instande war, das ausländische Bismarck vor der Abfahrt des Revaler Schiffes zu erhalten. Die Polizei verwehrt jedermann, selbst seinem Advokaten, den Zutritt und hält ihre Absichten geheim. Die Verhaftung Schlapnikoffs soll durch die Haltung des rechtssozialistischen Blattes Socialdemokraten herausbekannt worden sein. Nach einer Moskauer Meldung ist Schlapnikoff auf seiner Reise bereits wiederholt in Holland und Norwegen verhaftet worden. Das Moskauer Generalsekretariat der Arbeitervereinigungen fordert die schwedischen Arbeiter auf, alles aufzubieten, um die Freilassung des Verhafteten zu erwirken.

Die Reichstagswahlen in Schweden.

Stockholm, 17. September. (W. I. V.) Von den 230 Mandaten in der Zweiten Kammer des Reichstages sind bisher 130 besetzt. Die Konservativen haben 39 Mandate erhalten, 12 gewonnen und 2 verloren. Die beiden Bauernorganisationen haben zusammen 11 Mandate erhalten und 6 gewonnen. Die Liberalen haben 26 Mandate erhalten 4 gewonnen und 13 verloren. Die Sozialdemokraten, die 51 Mandate besetzt haben, haben 3 gewonnen und 9 verloren. Die Linkssozialisten, die der 3. Internationale nahesteht, haben kein Mandat erhalten und 2 verloren.

Die Sozialdemokratie in Böhmen, ihr Sieg und ihre Krise.

In der Tschechoslowakei ist das Koalitionsministerium Tuzar, an dem auch die tschechische Sozialdemokratie nicht unbeteiligt war, einem farblosen Beamtenkabinet gewichen. Als das Hauptopfer der Krise ist der ultratschechische Kultusminister Habermann in die Wüste geschickt worden. Diese Kabinettskrise wäre nicht belangreicher als die üblichen Intermezcos des bürgerlichen Parlamentarismus in der Welt, wenn sie nicht auf Entwicklungen innerhalb des Sozialismus und der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei zurückginge, die außerordentlicher Beachtung wert sind. In der Tschechoslowakei, auf diesem historischen Versuchsfeld nationalistischen Haders, waren es bisher stets die nationalen Momente, welche die Treibhese des politischen Kampfes abgeben mußten und die auch die Sozialisten beider Nationalitäten maßgebend bestimmten. Nunmehr aber ist die geschichtliche Tatsache zu verzeichnen, daß vor der in allen Ländern gleichen proletarischen Idee der Nationalismus auch in der Tschechoslowakei zurückweichen mußte und der gemeinsame Kampf der Sozialisten gegen die Bourgeoisie auch hier die vorwärtstreibende politische Energie geworden ist. Nicht mehr und nicht weniger als die Einigung der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie steht nämlich vor der Tür, und dieser Entwicklung hat bereits die tschechische Sozialdemokratie ihren Tribut gezollt, indem sie jetzt Herrn Tuzar mit samt seinem übernationalistischen Kultuskollegen fallen ließ. Es sind heute kaum einige Wochen her, daß in Prag die deutschen und die tschechischen Sozialisten zusammentraten, dort, nach einer Debatte von seltener Einmütigkeit, den Beschluß faßten, einen Entwurf über eine programmatische und organisatorische Grundlage des Zusammenschlusses auszuarbeiten und ihren Willen zu erkennen gaben, auf Grund jener noch festzustellenden Formel die Vereinigung auf einer späteren Konferenz zu vollziehen.

Man muß sich vorstellen, welche ungeheuren inneren Hemmnungen bei allen Sozialisten und Teilnehmern dieser Konferenz überwunden werden mußten, um zu jenem Ergebnis zu kommen. Jahrhundertlang war Böhmen der Tummelplatz der korruptesten habsburgischen Bürokratie. Mit dem ganzen Fanatismus ihrer Rasse belastet, lagen die Tschechen bis zum großen Wiener Kladderadatsch im Weltkrieg stets im schwersten Ringen mit der Despotenherlichkeit von der Donau und mit allen jenen übermächtigen Kräften einer Herren- und Beamtenkaste, die auf alle Völkerpsychologie pfliff. Es gereicht also gerade der tschechischen Sozialdemokratie zur höchsten Ehre, daß sie zuerst nach dem großen Nationalisten- und Sokorummel, der auf den Sturz der Habsburger folgte, den Weg zur Vernunft und zur Verklärung zurückgefunden hat, und sich aus der Liebesnacht mit der patriotischen tschechischen Bourgeoisie nunmehr auf und davon stahl. Umgekehrt mußte auch die deutsche Sozialdemokratie innere „moralische“ Hemmnungen genug überwinden, um sich zum Bekenntnis des einzigen Proletariats in Böhmen durchzuringen. Wie die Habsburger und Deutschen sich an den Tschechen verjüngigt hatten, so hat sich ja der Prager Bourgeois in den zwei Jahren seiner Freiheit an den Deutschen verjüngigt. Herr Habermann hat nicht weniger als 614 deutschen Klassen und 15 Schulen den Garaus gemacht. Wer deutsch sprach, wurde ja sogar von den tschechischen Bauern und Krämeren auf Hungerration gesetzt. Und in diesem Treibhaus Europas für chauvinistisches Unkraut hat sich nunmehr das Proletariat endlich auf sein großes gemeinsames Ziel zurückgefunden. Mag sein, daß die antisozialistischen Klären der Prager Bourgeoisie, die sogar Orgesch-Organisationen nach deutschem Muster heranzubilden, den letzten Anstoß zu den Prager Beschlüssen gegeben haben. Das tut ihrer ungeheuren Wichtigkeit keinen Abbruch. Die Stoßkraft des Proletariats in der Tschechoslowakei erhält dadurch eine ungeheure Verstärkung und, schon allein parlamentarisch betrachtet, kann es Machtpositionen erobern, an die es bisher nicht denken konnte. Die tschechischen und deutschen Sozialdemokraten mit ihren 74 bzw. 55 Mandaten in Abgeordnetenhause werden, wenn sie von den Nationalsozialisten unterstützt werden, zusammen einen Mehrheitsblock bilden können. Es ist sicher, daß von dieser Möglichkeit aktiver Gebrauch gemacht werden kann, auch wenn die Nationalsozialisten auch künftighin als unsichere Kantonnisten gelten wollen. 281 Mitglieder hat die Kammer überhaupt. 141 können zu einem sozialistischen Block zusammengeschweigt werden. Das ist keine überwältigende Mehrheit, aber doch eine Mehrheit.

Feiert so auf der einen Seite der Sozialismus in der Tschechoslowakei einen glänzenden Sieg seiner Idee, so